

18. Dezember 2019

**Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bei der Einbringung des Planentwurfs für das Haushaltsjahr 2020 haben Sie gleich zu Beginn auf die veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hingewiesen, verursacht durch die Krise der heimischen Automobilwirtschaft. Globale Risiken wie Brexit, US-Handelspolitik sowie die Konjunkturentwicklung in China belasten den Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und insbesondere in der Automobilindustrie. Die rasant zunehmende Globalisierung sowie der Trend zum Outsourcing sind Faktoren, die dazu führen, dass sich die Markt- und Unternehmensstrukturen stark verändern werden. In Bühl wirkt sich dies insbesondere auf die bei uns ansässigen, global agierenden Industrieunternehmen aus, hat aber auch gravierende Folgen für die von den Global Player abhängige lokale Wirtschaftsregion.

Die aktuellen Konjunktur-Prognosen zeigen mehrheitlich eine große Unsicherheit auf, was die weitere wirtschaftliche Entwicklung betrifft. Bleibt es vorerst so, wird es besser oder verschlechtert es sich noch weiter? Mit viel Optimismus werden Stabilisierung und ein leichter Aufschwung erwartet. Wir wissen letztendlich aber nicht, ob es so kommen wird. Wir können auch nicht einfach in die Glaskugel schauen, um verlässlich und seriös zu planen. Auf jeden Fall können wir als Kommunalverantwortliche die aktuelle Lage, wie sie sich faktisch derzeit ergibt, nicht einfach ignorieren. Von daher müssen wir von einem erheblichen Gewerbesteuer einbruch ausgehen, der sich nach den Planungen der Stadtkämmerei in der mittelfristigen Finanzplanung fortsetzt und somit die finanziellen Möglichkeiten der Stadt in Zukunft erheblich eingrenzen wird.

Den Einbruch bei den Steuereinnahmen in Folge der Automobilkrise können wir leider nicht beeinflussen oder schönreden. Wir müssen notgedrungen mit dieser neuen, deutlich verschlechterten Situation umgehen und schauen, wie wir der prekären Schieflage des Stadthaushaltes mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern können. In den Jahren satter Zuwächse bei den Steuereinnahmen haben wir uns ein gutes Polster zugelegt, das uns zwar jetzt hilft, einigermaßen über die Runden zu kommen. Wir haben uns aber auch einige Pfunde zugelegt, die den Stadthaushalt dauerhaft belasten. Denn jetzt ist statt Schlemmen leider strenge Diät angesagt. Wie man aus persönlicher Erfahrung weiß, fällt jedem das Zunehmen leichter als Verzicht zu üben. Welches die richtige Diät ist, darüber werden wir uns noch unterhalten müssen.

Wer wenig oder kein Geld hat, muss sparen. Das gilt für jede Privatperson, für jedes Unternehmen, auch für die öffentliche Verwaltung, somit auch insbesondere für unseren städtischen Haushalt. Von daher hätten wir uns als CDU-Fraktion gewünscht, dass seitens der Verwaltung sich dies durch Sparbemühungen auf der Ausgabenseite des Haushaltes widerspiegelt und ein deutlicher Sparwille erkennbar wird. Der eingereichte Planentwurf ist nach unserer Auffassung kein Sparhaushalt. Im Gegenteil, gegenüber

den Vorjahren sind der Personal- und Sachaufwand insgesamt erneut stark angestiegen, höher als es nach tariflichen und preislichen Steigerungen erforderlich wäre.

Bei diesem Entwurf hätten wir uns als CDU-Fraktion schwergetan, unsere Zustimmung zu geben. Da die Verwaltungsleitung bei den Haushaltsberatungen auf unsere Anträge eingegangen ist, den Sach- und Personalaufwand etwas zu reduzieren, werden wir dem Haushaltsplan 2020 dennoch zustimmen. Wir wissen aber, dass dies den eklatanten Fehlbetrag von zunächst 11,2 Mio. Euro nur wenig beeinflussen kann.

Was haben wir dadurch erreicht? Im Grunde zunächst einmal nichts, denn wir haben eigentlich nur Planansätze gekürzt. Ob dies dann so umgesetzt wird, muss sich erst noch erweisen. Uns geht es aber vielmehr um das Bewusstmachen für einen dringend notwendigen Sparwillen. Wir wollten damit vor allem ein Signal setzen, dass es höchste Zeit wird, noch heute mit der Diät zu beginnen. Am Anfang fällt das immer schwer und man verschiebt es leider immer gerne in die Zukunft. Wir hoffen aber, dass es ein Schritt in die richtige Richtung sein wird und sich mit entsprechender Disziplin die Erfolge einstellen und zur Verschlinkung der Verwaltung beitragen wird. Das muss sich nicht zwingend negativ auf die Leistungen an die Bürgerinnen und Bürger auswirken, da ein fitter, entschlackter Körper mitunter mehr leisten kann, als wenn er träge geworden ist.

Wir begrüßen daher ausdrücklich das Vorhaben der Verwaltungsleitung, durch eine flächendeckende Organisationsuntersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt - eine Art Diät-Plan unter sachkundiger Anleitung – die Verwaltung fit für die Zukunft zu machen. Durch organisatorische Verbesserungen kann der unter den gegebenen Vorzeichen nicht mehr finanzierbare Stellenzuwachs – so hoffen wir – bald gestoppt werden. Erforderlich wären allerdings darüber hinaus Stelleneinsparungen und damit auch der Verzicht auf vielleicht liebgewordene Leistungen, um die finanziellen Einbußen mittelfristig kompensieren zu können. Wir wünschen uns daher Offenheit und Transparenz über die Ergebnisse der geplanten Untersuchungen und würden uns freuen, wenn diese zu einer spürbaren Entlastung des städtischen Haushaltes beitragen können und nicht wie so oft in der Schublade verschwinden.

Es ist richtig und gut, dass aufgrund der sehr guten Ergebnisse der letzten Jahre eine gute Kassenlage über ein schlechtes Jahr hinweghilft und die Liquidität der Stadt vorerst gesichert ist. Angesichts des außerordentlich hohen Defizites von 20,5 Mio. Euro in der Finanzplanung 2020 und der von der Stadtkämmerei kalkulierten Defizite in den Folgejahren wird der Sparstrumpf der Stadtkasse vorhersehbar bald leer sein. Die Folge wäre ein Anstieg der Gesamtverschuldung, die jetzt schon die Eigenbetriebe belasten. Dies würde dann die finanziellen und damit auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten für die kommenden Generationen erheblich einschränken.

Eine Ausnahme gibt es allerdings auch für uns, gerade weil es um unsere Zukunft und um das Wohlergehen unserer Mitbürger geht. Seit Greta Thunberg und der Bewegung „Fridays for Future“ ist der Klimaschutz in dem Bewusstsein der Bevölkerung angekommen. Die Stadt Bühl hat auf Antrag der Freien Wähler den Klimanotstand ausgerufen. Wir tragen dies mit. Für uns sind aber soziale und gesundheitliche Fragen eng mit der Debatte um den Klimaschutz verbunden. Städtebauliche Nachverdichtung steht dabei in Konkurrenz zu Naherholung und Lufthygiene und damit der Gesundheit und des Wohlbefindens der Bürger. Dies bedarf einer sorgfältigen Abwägung.

Hitzebelastungen und Luftverunreinigungen haben direkte Beziehungen zwischen Klima und Gesundheit. Es gilt den Autoverkehr in unserer Stadt deutlich zu vermindern. Es gilt aber auch das individuelle Verkehrs- und Konsumverhalten zu ändern, z.B. so oft es geht zu Fuß zu gehen oder das Rad zu nutzen, lokal einzukaufen. Es gibt unendlich viele Mosaiksteine, um unser Leben hin zu mehr Klimaschutz und mehr Gesundheit für uns und unsere Kinder zu verbessern, auch ohne viel Geld auszugeben.

Ehrenamtliches Engagement wird politisch stets hochgepriesen, doch leider nur zu selten im Verwaltungshandeln berücksichtigt. Das Ideal des „Gehörtwerdens“ ist manchmal auch unbequem und mühsam. Den nach dem Vorbild von Eisental begonnenen Weg der Bürgerbeteiligung zur innerörtlichen Entwicklung der Stadtteile Altschweier und Vimbuch begrüßen wir sehr. Wir bedauern allerdings, dass sich dies im neuen Haushaltsplan nur wenig wiederfindet, das Dorfzentrum Altschweier gar ganz entfallen ist. Wir bitten die Stadtverwaltung darum, diese Initiativen nicht absterben zu lassen und hier Perspektiven für eine zeitnahe Realisierung zu entwickeln.

Nach dem Neubau der Realschule und dem kostenintensiven Auf- und Ausbau der Bühler Gemeinschaftsschule ist nun die längst überfällige Generalsanierung des Windeck-Gymnasiums an der Reihe. Trotz des hohen Investitionsvolumens von rund 20 Mio. Euro - Kostensteigerungen sind nach jüngsten Erfahrungen leider zu befürchten - halten wir dies für vordringlich und stimmen auch der damit einhergehenden Darlehensfinanzierung zu. Wir sehen dies als einer der wichtigsten Zukunftsinvestitionen der Stadt Bühl zur Stärkung des hiesigen Schul- und Bildungsstandortes. Die hoffentlich bald beginnende Generalsanierung kann nach unserer Auffassung unter energetischen Aspekten auch als bedeutsame und wirksame Maßnahme für den Klimaschutz an der erst seit Kurzem proklamierten Klimaschule verstanden werden.

Auf alle Schulen kommt die Umsetzung des Digital-Paktes von Bund und Land zu. Entsprechende Ausgabenansätze für die Infrastruktur und digitale Ausstattung sowie die Förderbeiträge wurden im neuen Haushalt berücksichtigt. Wir hoffen, dass unsere Schulen dieses Angebot nutzen und sich dadurch fit für den digitalen Unterricht machen. Auch die Stadtverwaltung hat sich die Digitalisierung auf die Fahne geschrieben. So werden in Zukunft Bürgerdienste über entsprechende Portale rund um die Uhr zur Verfügung stehen und die Bearbeitungsprozesse – so die politische Hoffnung – beschleunigen und effizienter gestalten. Der Weg zu einer modernen, digitalen Verwaltung bis hin zu Smart City lässt sich nicht aufhalten, im europäischen Vergleich hinken wir gar deutlich hinterher – und wir können uns nicht leisten, hier den Anschluss zu verlieren. Bei aller möglichen Technisierung darf aber die Digitalisierung nicht zum reinen Selbstzweck werden, sonst bleibt bei einem inzwischen häufig propagierten „Digital first“ der Mensch auf der Strecke - und manchmal ist der persönliche Kontakt doch besser als der Klang einer virtuellen Stimme aus dem Chatbot.

Der vorliegende Haushalt 2020 gibt den Rahmen für das Verwaltungshandeln im kommenden Jahr vor. Der finanzielle Rahmen hat sich in diesem Jahr deutlich verändert und ist enger geworden. Die große Kunst ist jetzt, das Handeln dem erheblich kleiner gewordenen Rahmen anzupassen. Das geht letztendlich nur, wenn man den Inhalt entsprechend reduziert, sonst sprengt es den Rahmen.

Da die Stadtverwaltung auf unsere Anträge auf Kosteneinsparungen eingegangen ist, stimmen wir dem Haushaltsplan 2020 und den Wirtschaftsplänen der beiden Eigenbetriebe zu. Wir weisen aber darauf hin, dass dies bei den derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen allein nicht ausreichen wird, künftig einen Haushaltsausgleich zu erreichen.

Die CDU-Fraktion dankt der Stadtverwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung für die nicht leichte Aufstellung des Haushaltsplanes 2020 sowie für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Unser Dank gilt auch allen ehrenamtlich Tätigen dieser Stadt, ohne die vieles in unserer Stadt nicht möglich wäre und die Lebensqualität unserer Heimat ausmacht. Bedanken möchten wir auch den örtlichen Firmen und Unternehmen, von denen einige einen schwierigen Umbruch zu bewältigen haben. Wir wünschen Ihnen in den Zeiten des Wandels viel Erfolg, was dann auch wieder unserer Stadtkasse zugutekommt. Allen wünschen wir frohe Festtage und einen guten Start in ein neues, vielleicht unter finanziellen Gesichtspunkten wieder erfreulicherer Jahr 2020.